

Transformativer Wandel und Rechte der Natur

Vom Wert der Natur und wie wir ihn als Hebel einsetzen

Die gesamtgesellschaftliche Aufwertung der Natur wird als Hebel für den Naturschutz betrachtet. Die Anerkennung nicht instrumenteller Werte der Natur geht mit einer Anerkennung marginalisierter Mensch-Natur-Verhältnisse einher, die vor allem außerhalb Europas bis heute bestehen. Rechte der Natur veranschaulichen die Chancen und Herausforderungen dieses doppelten Inklusionsprojekts.

Von Stefan Knauf

Angesichts der wachsenden Herausforderungen des Anthropozäns sind wichtige Ökosysteme einer katastrophalen und möglicherweise unumkehrbaren Degradierung ausgesetzt. Einige Wissenschaftler/innen befürchten sogar ein „sechstes Massenaussterben“ der Arten, das auch weitreichende Auswirkungen auf unsere menschlichen Lebensbedingungen hat.

Die „Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services“ (IPBES) beschäftigt sich daher auch mit dem Wert, den Biodiversität für uns Menschen hat, und analysiert unterschiedliche Formen der Governance von Natur. Gesellschaften, die Natur überwiegend ökonomisch, als Ressource begreifen, weisen demnach weniger nachhaltige Nutzungsformen auf als Gesellschaften, die Natur innerhalb reichhaltiger Mensch-Natur-Beziehungen und als Selbstwert schätzen. Die Krise der Biodiversität erscheint daher auch als eine Krise der Werte der Natur. Mangelt es uns an Achtung und Respekt vor der Natur? Ist ein eindimensionales Mensch-Natur-Verhältnis, das Natur wesentlich als Ressource begreift, der tieferliegende Grund der ökologischen Krisen der Gegenwart?

In diesem Beitrag stelle ich den aktuellen Forschungsstand zu Werten der Natur vor, führe aus, wie Werte als Hebel einer transformativen Governance der Biodiversität wirken können, und präsentiere mit dem Konzept der *Rechte der Natur* ein besonderes Instrument, das den Schutz von Natur um ihrer selbst willen innerhalb von Rechtsordnungen ermöglicht.

Werte

Werte sind die grundlegenden Überzeugungen und Einstellungen einer Gesellschaft, die ihre Handlungen und Entscheidungen beeinflussen. Es werden folgende Wertkategorien unterschieden: instrumentelle Werte, die Natur als Mittel zur

menschlichen Bedürfnisbefriedigung betrachten (Nutzwert der Natur), und intrinsische Werte, die den Schutz von Natur um ihrer selbst willen fordern (Selbstwert der Natur). Relationale Werte erweitern diese Dichotomie um eine dritte Kategorie, die auf Mensch-Natur-Beziehungen abstellt, in denen Natur zum Teil als Selbstzweck erscheint (Wert der Mensch-Natur-Beziehung).

Die grundlegende Einsicht der Autor/innen des *IPBES Values Assessments* (IPBES 2019) ist es, dass eine große Vielfalt an Werten der Natur besteht, relevante gesellschaftliche Praktiken Natur aber auf ihren Nutzwert reduzieren. Schon mit dem Konzept der *nature's contributions to people* (Beiträge der Natur für den Menschen, NCPs) wurde daher eine begriffliche Alternative zu *ecosystem services* (Ökosystemleistungen, ÖSL) angeboten, um Werte wie Verantwortung, Wechselseitigkeit und Respekt im Umgang mit der Natur zu erfassen. Indirekt ergibt sich aus dieser Aufwertung nicht instrumenteller Mensch-Natur-Beziehungen auch eine verstärkte Anerkennung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, die auf ein ganzheitliches Wohlergehen von Mensch und Natur (*people-nature wellness*) wertlegen.

Das *Value Assessment* reflektiert nun die Einsicht in differente Weltanschauungen und Wissenssysteme in ihrer Kategorisierung der Werte folgendermaßen:

- **Leben von der Natur** (*living from nature*) betont den Nutzen der Natur für unsere Lebenserhaltung, Bedürfnisse und Wünsche. So schätzen wir einen Fluss dafür, dass er uns Fisch als Nahrung liefert.
- **Leben in der Natur** (*living in nature*) betont die Bedeutung von bestimmten Orten als Lebens-, Handlungs- und Kulturräume. So kann eine Flusslandschaft als Territorium bedeutsam sein, das Menschen Heimat und Identität stiftet.
- **Leben mit der Natur** (*living with nature*) betont die Wertschätzung lebensermöglichender Prozesse auch für nicht menschliche Naturwesen (*other-than-humans*). So kann dem Fisch ein Recht im Fluss zu gedeihen auch unabhängig von menschlichen Bedürfnissen zugesprochen werden.
- **Leben als Natur** (*living as nature*) betont das Selbstverständnis von Menschen, körperlich, geistig und spirituell Teil der Natur zu sein. So kann ein Fluss geschätzt werden, weil er eine Form der Verwandtschaft und wechselseitiger Verbundenheit ermöglicht (IPBES 2019, 18).

Der Status quo der Biodiversitätspolitik, beruhend auf instrumentellen Werten der Natur und wesentlich geprägt durch (Über-)Nutzung und Degradierung der natürlichen Vielfalt, kann daher durch Politiken der Vielfalt der Werte überwunden

„Politik und Recht stehen vor einer Transformation: Schon heute bieten Eigenrechte der Natur in einigen Ländern Klagemöglichkeiten für prekäre Ökosysteme und bedrohte Arten.“

werden, die auch den Selbstwert der Natur und den Wert der Mensch-Natur-Beziehungen handlungsleitend werden lassen. Eine solche Integrationsleistung kann gesamtgesellschaftlich und global nur auf politischem Wege erreicht werden. Sie ist eine Frage der Governance.

Transformative Governance

„Governance“ stammt vom lateinischen *gubernare* und bedeutet so viel wie „verwalten, leiten, erziehen“. Der Begriff wird häufig unscharf als „Modewort“ für Government (Regierung) verwendet. Im weitesten Sinne beschreibt Governance jedoch die Führung von Organisationen überhaupt. Governance kann daher über die Steuerungs- und Regelungsstrukturen der Politik, des Rechts und der Verwaltung hinaus auch auf Formen der freiwilligen Selbstorganisation in Wirtschaft und Zivilgesellschaft angewendet werden. Im Deutschen bleibt der Begriff dann zu Recht unübersetzt, wenn er auf die Vielfalt und das komplexe Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Steuerungsstrukturen abstellt. Governance steht dann als Chiffre für die sozialwissenschaftliche These, dass in komplexen Gegenwartsgesellschaften kein Teilsystem, auch nicht die Politik, zur hierarchischen Steuerung der Gesamtgesellschaft in der Lage ist. Gelegentlich wird die beschreibende, steuerungs-skeptische Verwendung von Governance um ein (neo-)liberales Werturteil ergänzt, dass Staaten auch gar nicht die Freiheit der wesentlich als Markt verstandenen Gesellschaft einschränken dürften, weil dies ungerecht und/oder ineffektiv sei. Der vermeintliche Vorrang von Governance vor demokratisch-rechtsstaatlicher Regierung impliziert jedenfalls ein Werturteil, das nicht unhinterfragt aus wirtschaftswissenschaftlich und angelsächsisch geprägten Debatten übernommen werden sollte. Über die dargestellte Normativierung von Governance, um den schlanken Staat zu propagieren, findet sich innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte immer häufiger die Forderung nach einer transformativen Governance.

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES betont, dass ein „Business as usual“-Ansatz der Biodiversitätspolitik nicht ausreichend ist, um die Biodiversitätskrise zu bewältigen. Stattdessen müssen weitreichende Veränderungen in den Werten, Einstellungen, Verhaltensweisen und institutionellen Strukturen stattfinden, um Zukunft nachhaltig zu gestalten. Das Zielbild ei-

ner Gesellschaft „im Einklang mit der Natur“ wird gezeichnet. Die zur Bewältigung des Biodiversitätsverlustes notwendigen gravierenden, gesamtgesellschaftlichen und dauerhaften Veränderungen könnten nur noch durch einen transformativen Wandel überhaupt erreicht werden. Dies bedeutet eine grundlegende, systemweite Reorganisation in Bezug auf technologische, wirtschaftliche und soziale Faktoren, um Nachhaltigkeit zur Norm zu machen (Díaz et al. 2019).

Die Modalitäten einer transformativen Governance sind:

- **Inklusivität**, um die Vielfalt politischer Stakeholder, Interessengruppen und lokaler Akteure mit unterschiedlichen Wertesystemen, Bedürfnissen, Rechten, Geschlechterperspektiven und Wissenssystemen in partizipativen Settings zu berücksichtigen,
- **Informiertheit** durch die Integration breiter lokaler und wissenschaftlicher Wissensbestände in strukturierte, problemorientierte Prozesse,
- **Anpassungsfähigkeit**, um auf neue Erkenntnisse und sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren,
- **Integration**, um koordinierte Antworten auf Nachhaltigkeits Herausforderungen über Sektoren und Politikbereiche hinweg zu ermöglichen,
- **Verantwortlichkeit** muss genau definiert und verbindlich an die beteiligten Akteure übertragen werden, die in Bewertungs- und Sanktionsprozessen zur Rechenschaft gezogen werden.

Letztlich lassen sich die in der Folge von IPBES erwo-genen normativen Kriterien einer transformativen Governance als Pointierungen und Ausdifferenzierungen des Demokratieprinzips verstehen, dessen Aufgabe es von jeher ist, politische Teilhabe zu organisieren, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu legitimieren und in einem iterativen Prozess zu aktualisieren. Gleichzeitig werden mit den genannten fünf Kriterien aber auch neuralgische Stellen der Demokratie im Angesicht multipler Krisen der Gegenwart (Settele 2020) benannt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass unser Demokratieverständnis und der rechtliche Rahmen sich verändern, um Biodiversität besser zu schützen. Eine der markantesten Modifikationen des Governancerahmens ist der Ansatz der Eigenrechte der Natur, der bereits heute in einigen Ländern Klagemöglichkeiten für prekäre Ökosysteme zugesteht.

Rechte der Natur

Nur durch Recht kann Umweltschutz letztverbindlich organisiert werden. Es ist daher notwendig und ratsam, lebensnotwendige Gemeingüter (*commons*) rechtlich auf Dauer zu stellen, falls Wirtschaft und Politik versagen sollten, sie freiwillig und konsensual zu sichern. Dies kann erreicht werden, indem der Umweltschutz an hochrangige Rechte, möglicherweise auf Verfassungsebene, geknüpft wird. In Deutschland wird der Schutz der Lebensgrundlagen als Staatsziel in Artikel 20a des Grundgesetzes festgelegt. Der verpflichtet den Staat, Biodiversität und Klima unter Berücksichtigung anderer Staats-

ziele und grundlegender Rechte zu schützen. Das Bundesverfassungsgericht hat im sogenannten „Klima-Beschluss“ festgestellt, dass die Beschränkung von Freiheiten zugunsten der Erreichung von Klimazielen einseitig auf zukünftige Generationen verteilt wird. Eine weitere Möglichkeit, den Biodiversitätsverlust rechtlich anzugehen, besteht in innovativen Konstruktionen wie einem Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt oder Eigenrechten der Natur, die weitere Klagemöglichkeiten schaffen könnten, aber in Deutschland bislang eine untergeordnete Rolle spielen.

Rechte der Natur (*rights of nature*, RdN) bieten weltweit besondere Chancen, aber auch Herausforderungen für die Integration indigener und lokaler Werte. So sind beispielsweise im Andenraum Lateinamerikas anzutreffende Vorstellungen des guten Lebens eng mit den Weltanschauungen, Sprachen und Wissenssystemen indigener Gemeinschaften verknüpft. Die Begriffe *vivir bien* oder *buen vivir* bezeichnen Formen des guten Lebens als Verbindung der menschlichen Gemeinschaft und der Natur. Ähnliche Vorstellungen finden sich in den indigenen Weltanschauungen (*sumak kawsay* im Kichwa und *suma qamaña* im Aymara). Die Werte der umfassenden sozial-ökologischen Lebensqualität sind unter anderem in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien eingebunden und begründen in Ecuador eigene Rechte der Natur, die die globale Naturrechtspolitik zum Schutz von Flüssen, Ökosystemen und Arten stark inspiriert haben. Auch wenn Rechte der Natur in Ecuador zum Teil propagandistisch zur Legitimierung von wenig nachhaltigen Entwicklungsplänen verwendet werden, so kann die faire und transparente Einbeziehung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften eine transformative Politik stimulieren. In Ländern wie Ecuador, Neuseeland und Indien wird daher die verantwortungsvolle Vertretung der Natur im Erdzeitalter des Anthropozäns über Rechte der Natur ermöglicht (Knauß 2018). Dabei gelingt es zugleich, einen direkten Rechtsschutz für die Integrität von Ökosystemen einzuführen und außereuropäische Mensch-Natur-Beziehungen zu achten, wie sie etwa in der andinen Kosmivision von Natur als *Pachamama* zum Ausdruck kommen (Knauß 2020). Im Projekt „The Roots of Rights – Participatory Democracy, Indigenous and Local Knowledge and the Rights of Nature“ wird daher die Rolle lokaler und insbesondere indigener Formen der Partizipation bei der Begründung, Etablierung und Durchsetzung der Rechte der Natur untersucht.

In Deutschland werden RdN von zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer Bürgerinitiative im Freistaat Bayern gefordert. In Neuseeland wurden die geografischen Besonderheiten Te Urewera (2014), der Whanganui River und der Mount Taranaki (beide 2017) insbesondere auf Betreiben der Maori mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Ziel des Projekts ist es, die Prozesse aufzuzeigen, die zur Etablierung und Nutzung von Naturrechten geführt haben beziehungsweise führen könnten. Letztlich lässt sich damit auch beispielhaft die Rolle soziokulturell geprägter Naturwerte (relationale Werte) und transformativer Elemente (inklusiv, adaptiv, informiert, integriert) un-

„Rechte der Natur bieten weltweit besondere Chancen, aber auch Herausforderungen für die Integration indigener und lokaler Werte.“

tersuchen, die mit transformativer Biodiversitäts-Governance verbunden sind. Zu diskutieren ist die Frage, ob die sozio-ökologischen Wurzeln von Naturrechten in verschiedenen kulturellen Kontexten, insbesondere in Ozeanien, Lateinamerika oder Europa, Gemeinsamkeiten aufweisen oder ob sie als lokal unterschiedliche Initiativen sehr unterschiedlicher Akteure mit spezifischen Interessen verstanden werden sollten.

Literatur

- Díaz, J. (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn, IPBES. DOI: 10.5281/ZENODO.3553579
- IPBES (2019): Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Bonn, IPBES. DOI: 10.5281/zenodo.5657041
- Knauß, S. (2018): Conceptualizing human stewardship in the Anthropocene: The rights of nature in Ecuador, New Zealand and India. In: *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 31/6: 703–722. DOI: 10.1007/s10806-018-9731-x
- Knauß, S. (2020): Pachamama als Ökosystemintegrität – Die Rechte der Natur in der Verfassung von Ecuador und ihre umweltethische Rechtfertigung. In: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 7/2: 221–244. DOI: 10.22613/zfpp/7.2.9
- Settele, J. (2020): Die Triple-Krise: Artensterben, Klimawandel, Pandemien: Warum wir dringend handeln müssen. Hamburg, Edel.
- Wittmer, H. et al. (2021): Transformative change for a sustainable management of global commons: Biodiversity, forests and the ocean. Recommendations for international cooperation based on a review of global assessment reports and project experience. *UFZ-Bericht* 3/2021. Leipzig, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. DOI: 10.57699/7s83-7z35

AUTOR + KONTAKT

Stefan Knauß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für nachhaltige Landschaftsentwicklung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und in der Abteilung Naturschutzforschung am Helmholtz Zentrum für Umweltforschung Leipzig (UFZ).



Helmholtz Zentrum für Umweltforschung,
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig.
E-Mail: stefan.knauss@ufz.de,
Internet: www.stefanknauss.de